

eben angesprochenen Weißen Ring, der zentralen bundesweiten Hilfsorganisation, anerkannt.

Dem Bericht ist auch zu entnehmen, wie in den einzelnen Ministerien in den letzten Jahren gelungen ist, Opfern von Straftaten in Sachsen-Anhalt eine schnelle, effiziente und nachhaltige Unterstützung zukommen zu lassen.

Ich will hier nicht alles erwähnen. Der soziale Dienst der Justiz als staatliche Einrichtung - das sollte man auch einmal erwähnen - versorgt sämtliche Klienten, meistens sogar ohne Betreuungsbrüche. Das ist in diesem Land schon eine sehr große Leistung.

Wir alle wissen, Zeugenaussagen sind im Strafprozess oft unverzichtbar. Dennoch gibt es Möglichkeiten, die oft belastende unmittelbare Begegnung mit dem Täter zu verhindern. Der Opferenschutzbericht der Landesregierung zeigt auch die wesentlichen Schutzregelungen für Zeugen auf.

Ich will einfach ein paar normale Dinge nennen, die nicht immer im Fokus der heutigen Debatten standen. Ich kann mich hinsichtlich der Stiftung für Opferschutz noch an leidenschaftliche Debatten hier im Landtag erinnern. Wir wollten dabei auch mittun. Wir wollten das wie in Ländern wie Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg tun. Aber man hatte immer den Eindruck, wenn wir über die Stiftung geredet haben - das hört sich klasse an -, haben wir im Wesentlichen darüber geredet, wie das Stiftungsvermögen finanziert werden soll. Es sollte nicht etwas sein, was wir außerhalb des Haushaltes finanzieren und sagen, wir haben dann nichts mehr mit den Opfern zu tun und wir müssen keine Projekte usw. mehr finanzieren. Ich kann mich daran erinnern, wie wir uns

(Frau Tiedge, DIE LINKE, nickt)

- ich sehe nickende Gesichter, die damals rechtspolitische Sprecher in anderen Fraktionen waren - über die Opferschutzstiftung schnell einig waren, aber darüber, wie man sie - ich will es einmal so nennen - anfüttert, wie wir diese finanziell ausstatten, da gingen die Meinungen weit auseinander. Dennoch wird die SPD auch in der neuen Legislaturperiode - da haben wir auch schon Konsens - nach Lösungswegen suchen.

Wir werden uns weiterhin für diesen ressortübergreifenden Opferschutzbericht einsetzen. Es ist von einigen, wie von Frau von Angern, gesagt worden, dass das SPD-Wahlprogramm ihr gut gefallen habe. Wir werden auf jeden Fall die Einführung eines Resozialisierungsgesetzes prüfen, welches ein behördenübergreifendes Übergangsmanagement, auch unter Einbeziehung der Verbände der Straffälligen- und Bewährungshilfe, gewährleistet.

Mit dem Bericht und mit der Regierungserklärung heute konnte man noch einmal gut Resümee zie-

hen, was wir alles in der Legislaturperiode gemacht haben. Es fixiert auch mit meinen Schlussworten das, was wir in der nächsten Legislaturperiode noch vor uns haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank Frau Grimm-Benne. - Ich frage in die Runde: Wünscht noch jemand das Wort? - Das sehe ich nicht. Dann sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes. Beschlüsse werden nicht gefasst. Wir können zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen. Mein Kollege Miesterfeldt wird das übernehmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Wir fahren fort mit dem **Tagesordnungspunkt 8:**

Beratung

Forschungsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt

Große Anfrage Fraktion SPD - **Drs. 6/4205**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 6/4411**

Es wurde die Debattenstruktur „D“ vereinbart, also eine 45-Minuten-Debatte. Die Reihenfolge der Fraktionen und ihre Redezeiten sind: DIE LINKE neun Minuten, CDU zwölf Minuten, GRÜNE vier Minuten und SPD acht Minuten. Ich erteile gemäß § 43 unserer Geschäftsordnung zuerst der Fraktion der SPD das Wort. Das Wort hat Frau Dr. Pähle. Bitte schön, Frau Dr. Pähle.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit der Begutachtung unseres Wissenschaftssystems durch den Wissenschaftsrat wissen wir, dass die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in unserem Bundesland gut aufgestellt ist. Mit zwei Universitäten, vier Hochschulen für angewandte Wissenschaften an insgesamt acht Standorten, einer Hochschule für Kunst und Design und deren Ergänzung durch fünf Institute der Leibniz-Gemeinschaft, vier Max-Planck-Instituten, vier Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft und dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung sowie dem Deutschen Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen sind wir mit der vorhandenen Forschungsexpertise in unserem Land sehr gut aufgestellt.

Die Beantwortung der Großen Anfrage zum Thema „Forschungsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt“ zeigt dies anhand von vielfältigen und aufschlussreichen Übersichten und Datensammlun-

gen. Für die Erarbeitung sage ich an dieser Stelle allen Beteiligten Dank.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Hinsichtlich der statistischen Aussagen bietet die Antwort der Landesregierung einiges. So hat der Landtag einen aktuellen Überblick über das Personal an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in unserem Land erhalten. Hier tun sich erschreckende Einsichten in die Realität von Forschungseinrichtungen auf.

In der Antwort auf die Frage 14 zeigt sich, dass lediglich die Standorte des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung, die hier ansässigen Institute der Fraunhofer-Gesellschaft und das IWH einen Anteil von unbefristetem wissenschaftlichen Personal von mehr als 25 % haben. Das UFZ liegt mit 53,3 % an der Spitze. Dem steht in anderen Einrichtungen ein Anteil von befristetem wissenschaftlichen Personal von 73 % und mehr gegenüber. Das ist, ehrlich gesagt, unglaublich.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das reicht bis zu einem Anteil von 92,3 % an den Max-Planck-Instituten.

Auch wenn die außeruniversitären Forschungseinrichtungen darauf ausgerichtet sind, den wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden, fällt es mir schwer, bei einem Verhältnis von neun befristeten zu einer unbefristeten Stelle von einer ausgewogenen Struktur zu sprechen. Hierzu ist festzustellen, dass es an der Zeit ist für einen Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs, der vonseiten des Bundes im Gespräch ist, damit wissenschaftliche Karrieren nicht zum Paradebeispiel für unsichere Lebensperspektiven werden.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Wir können auch nachlesen, wie sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in unserem Bundesland in den letzten zehn Jahren entwickelt haben. Diese wie auch andere Auflistungen zeigen, dass Sachsen-Anhalt sehr froh darüber sein kann, dass unsere Hochschulen ihren Forschungsauftrag aus sich heraus ernst nehmen. Wären sie auf das Handeln des Ministeriums angewiesen, stünden wir wahrscheinlich nicht so gut da.

(Zustimmung bei der LINKEN)

So zeigen die Fragen nach der Förderung für den Bereich von Forschung und Entwicklung durch die öffentliche Hand, dass wir in der Entwicklung hinter den anderen ostdeutschen Ländern zurückstehen. Während in Deutschland im Jahr 2013 insgesamt 2,84 % des Bruttoinlandsprodukts für die Förderung in diesem Bereich aufgewendet worden sind und unsere direkten Nachbarländer Thüringen und Sachsen, mit denen wir im mitteldeutschen

Wissenschaftsraum an vielen Stellen kooperieren, aber auch konkurrieren, mit einem Anteil von 2,74 % - Sachsen - und von 2,2 % - Thüringen - aufwarten, leistet sich Sachsen-Anhalt einen Anteil von 1,43 %.

Sieht man sich die Entwicklung in den Jahren seit 2000 an, so verstärkt sich der Eindruck, dass wir in diesem Bereich den Anschluss deutlich verpasst haben.

(Zustimmung von Herrn Lange, DIE LINKE, und von Herrn Dr. Thiel, DIE LINKE)

Während Sachsen von 2,42 % im Jahr 2000 - damals lag es sogar leicht über dem Bundesschnitt von 2,4 % - eine Steigerung um 0,33 % erreichen konnte und Thüringen seinen BIP-Anteil von vormals 1,73 % sogar um 0,47 % steigerte, sehen wir in Sachsen-Anhalt eine Steigerung von 0,03 %. Das ist viel zu wenig, um den Abstand aufzuholen und Forschung ausreichend zu finanzieren.

Zum einen ist der Anteil am BIP, den unsere Hochschulen für Forschung und Entwicklung ausgeben, eingebrochen, und zwar schon im Jahr 2006. Das ist eine Erklärung. Mittlerweile konnte dieser Anteil wieder auf 0,51 % angehoben werden. Das ist, ehrlich gesagt, der Drittmittelstärke unserer Hochschulen zu verdanken. Zum anderen haben auch die staatlichen Ausgaben im Verlauf der letzten Jahre Veränderungen erfahren. Sie liegen heute ebenfalls über dem Stand des Jahres 2000.

Was also lässt uns dann so schlecht dastehen? - Es ist die bemerkenswerte Entwicklung im Bereich der Wirtschaft. Festzuhalten ist, dass lediglich ein Anteil von 0,44 % dessen, was im Bereich der Forschung und Entwicklung im Jahr 2000 geleistet wurde, durch die Wirtschaft erbracht wurde. Mittlerweile sind es nur noch 0,42 %. Das heißt, der ohnehin sehr geringe Anteil der Wirtschaft für den Bereich der Forschung und Entwicklung ist noch weiter zurückgegangen.

Dies spiegelt in Zahlen wider, was wir schon lange über die Wirtschaftsstrukturen in unserem Bundesland wissen: Die Struktur von kleinen und mittelständischen Unternehmen in Sachsen-Anhalt sorgt dafür, dass Forschungs- und Entwicklungsleistungen in der Wirtschaft nur gering ausgeprägt sind, und wenn es sie gibt, werden sie an anderen Standorten erbracht.

Dies beklagen wir schon lange und fordern Instrumente, um unsere gut ausgebaute Struktur von Wissenschaftseinrichtungen mit den hiesigen Wirtschaftsunternehmen zusammenzubringen. Insbesondere in diesem Feld besser zu werden war ein Versprechen, mit dem die Neuordnung der Ressorts in dieser Legislaturperiode begründet wurde. Wissenstransfer ist für unser Bundesland absolut unverzichtbar. Bedauernswert ist es nur, dass da-

mit außer dem Instrument der Transfergutscheine so wenig verbunden wird.

Meine Damen und Herren! Das Instrument der Transfergutscheine will ich gar nicht infrage stellen. Allerdings wird mir von den Hochschulen auch berichtet, dass dort sehr unterschiedlich mit diesem Instrument umgegangen wird. Entweder ist es ein Instrument, um neue Fragestellungen von Unternehmen mit dem Know-how der Studierenden zu beantworten - einige Hochschulen stellen deshalb die Transfergutscheine als eine Art Belohnung für besondere Forschungsleistungen in Aussicht -, oder es dient dazu, Unternehmen an die Hochschule zu holen, sie für die Hochschulen zu interessieren und eigentlich stetig wiederkehrende Aufgaben in Unternehmen durch Studierende bearbeiten zu lassen. Ob dadurch ein Wissenstransfer stattfindet, vermag ich nicht zu beurteilen.

Vielmehr steht die Frage im Raum: Welche Ansätze gibt es noch, um Wirtschaft und Wissenschaft einander anzunähern, damit beide davon profitieren können?

Sehen wir uns die Antwort auf die Frage 16 an. Die Frage lautet: Welche vom Land geförderten Kooperationen zwischen Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft bestehen in Sachsen-Anhalt und wie sieht die Förderung aus? - In der Antwort wird auf die Forschungsschwerpunkte der Universitäten und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen hingewiesen. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften spielen hierbei für die Landesregierung anscheinend keine Rolle, obwohl mit der Verfolgung von Third Mission anwendungsorientierte Forschung dort eine immer größere Rolle spielt.

Auch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wird in der Antwort nicht aufgeführt. Gibt es sie etwa nicht? - Ich bin der Meinung: Doch, es gibt sie, aber jenseits des Blickfeldes. Dass dieses Blickfeld recht eingeeengt ist, zeigt sich auch bei der Einschätzung der möglichen Barrieren, die Kooperationen in diesem Bereich behindern. Die Antwort der Landesregierung: Barrieren bestehen höchstens beim Umfang der zur Verfügung stehenden Fördermittel. Mit anderen Worten: Wenn Sachsen-Anhalt mehr Mittel zur Verfügung hätte, dann würden wir die bisherigen Programme besser ausstatten. Dagegen ist nichts zu sagen. Aber innovative Ideen, um die Wirtschaft besser einzubeziehen, haben wir nicht. Hierin liegt das Problem, meine Damen und Herren.

Es zeigt sich an verschiedenen Stellen, dass von Innovation im Sinne der Anwendung neuer Verfahren und der Einführung neuer Techniken, um einen Bereich zu verbessern und auf den neusten Stand zu bringen, aufseiten des Ministeriums nicht gesprochen werden kann.

Bei den Fragen zu den Instrumenten, Einrichtungen und Programmen der Landesregierung verweist das Ministerium auf die nunmehr ausgelaufene Rahmenvereinbarung für Forschung und Innovation als zentrales Instrument der Forschungsförderung. Aber dieses Programm ist mittlerweile eingestellt worden. Und bevor der Vorwurf aus den Reihen der Opposition kommt, sage ich: ja, auch mit den Stimmen der SPD.

Die im Rahmen der EU-Förderperiode in Aussicht gestellten Mittel in Höhe von 132 Millionen € bis 2020 für den Bereich der FuE-Vorhaben und in Höhe von 14 Millionen € für den Bereich des Wissens- und Technologietransfers sollten diese Lücke jedoch auffangen können. Wie diese Mittel strategisch eingesetzt werden sollen, ist der Antwort jedoch nicht zu entnehmen.

So wird die Frage 5 nach den Forschungsfeldern mit besonderen Zukunftschancen für Sachsen-Anhalt damit beantwortet, welche Forschungsfelder man bisher gefördert hat. Das ist zwar im Sinne des Ansatzes „Stärken weiter stärken“ recht plausibel, aber ein „Das haben wir schon immer so gemacht“ wird unsere FuE-Leistungen nicht weiter steigern können, erst recht nicht im Bereich der anwendungsorientierten Forschung für Unternehmen in unserem Land. Aus der Sicht meiner Fraktion fehlen an dieser Stelle Ideen und neue Ansätze, um Sachsen-Anhalt zukunftsfähig zu machen.

Noch ein anderer blinder Fleck tut sich bei der Bewertung von Technologietrends auf. Das Ministerium stellt - mit meinen Worten zusammengefasst - klar, dass diese Aufgabe den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in unserem Land obliegt. Diese werden das Land schon darauf aufmerksam machen, welche Entwicklungen in der Welt im Gange sind.

Zwar wird vom Ministerium auf die vorgelegte Regionale Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt 2014 bis 2020 hingewiesen, aber auch hier - so ist zumindest mein Eindruck - sollten die Arbeitsgruppen richten und geradebiegen, was sonst nicht geleistet werden kann.

So wird auch die Frage 35 „Welche Schwerpunkte will die Landesregierung zukünftig in der Forschungsförderung setzen?“ mit bekannten Fakten beantwortet: dem Auslaufen der Rahmenvereinbarung und dem Verweis auf die EU-Mittel.

Ähnlich sieht das Dilemma beim Thema Internationalisierung aus. Zur Frage 20 wird nur dargestellt, dass es natürlich ein wichtiger Bereich ist. Die Frage, warum er wichtig ist, wird lediglich damit beantwortet, dass die Aufrechterhaltung von internationalen Kooperationen den Zugang zu Erasmus-Programmen möglich macht. Eine Aussage dazu, dass die internationale Vernetzung der

Einrichtungen auch für das Land wichtig ist und dass sie durch die Landesregierung unterstützt wird, bleibt auf einem allgemeinen Niveau.

Wie werden denn die Hochschulen und Forschungseinrichtungen dabei unterstützt? Gibt es einen strategischen Ansatz, weitere Kooperationen zu fördern? Oder ist die Landesregierung der Meinung, dass die vorhandenen ausreichend sind? - Hierzu hätte ich mir mehr Aussagefreudigkeit durch das Ministerium gewünscht. Aber vielleicht ist das auch zu viel verlangt.

Meine Damen und Herren! So ließen sich noch weitere Beispiele für Antworten finden, in denen das Ministerium hinter dem zurückbleibt, was man eigentlich erwarten könnte, entweder weil man sich die Mühe nicht machen wollte oder weil man wirklich nicht weiß, wo man steht.

Ich nenne Ihnen folgende Beispiele. Zur Frage 63 - Patentanmeldungen - wird für den Bereich der Unternehmen geantwortet, dass man hierzu keine Aussage treffen könne, weil man keine differenzierten Daten zur Verfügung habe. Gleichzeitig weist die Regionale Innovationsstrategie einen Indikator zum Messen des Wirkens auf: die Patentintensität von Unternehmen, also die Zahl der Patentanmeldungen aus der Wirtschaft je 100 000 Einwohner, die durch das Statistische Landesamt zu erheben ist. Also bleibt die Frage offen: Verfügen wir über Daten oder nicht?

Zu der Frage 67 nach Existenzgründungen aus dem universitären Forschungsbereich in den letzten zehn Jahren kann das Ministerium zwar berichten, wie viele Gründungen es gab, aber nicht, wie die Überlebensrate der Neugründungen aussieht. Die aufgeführten Daten einer Studie des IfM Bonn sind zwar sehr interessant, ob sie jedoch auf unser Bundesland zu übertragen sind, bleibt offen.

Dabei wäre doch das Wissen um Fakten und Faktoren, mit denen es gelingt, Unternehmen am Markt zu halten, oder um die Gründe, aus denen sie scheitern, in einem Bundesland, das so wenig Gründungskultur hat, von besonderer Bedeutung. In Sachsen-Anhalt scheint die Verbindung zwischen dem Wissenschafts- und dem Wirtschaftsbereich irgendwie nicht so ganz zu funktionieren.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Kollegin Dr. Pähle, wir hatten vorhin ein technisches Problem mit der Uhr. Deshalb haben Sie jetzt noch so viel Redezeit auf Ihrer Uhr. Sie ist aber eigentlich abgelaufen. Wenn Sie so langsam zum Ende kommen könnten, wäre das sehr charmant.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Das mache ich. - Lassen Sie mich am Ende kurz zusammenfassen: Vielen Dank für die umfang-

reiche Datensammlung, aber die Erkenntnisse daraus lassen zu wünschen übrig. Von einer strategiefähigen Ausrichtung kann leider nicht die Rede sein. Die beiden Teilbereiche des Ministeriums greifen auch nach fünf Jahren nicht ineinander. Gerade für den Bereich von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft ergeben sich keine nennenswerten Vorteile aus der neuen Struktur. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat jetzt Minister Herr Möllring das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Pähle hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass wir eine umfangreiche Antwort gegeben haben. Sie umfasst 50 Seiten und knapp 100 Seiten Anlagen. Natürlich kann es immer noch mehr sein, aber ich bitte um Verständnis dafür, dass man in der Kürze der Zeit nicht alle Daten erheben kann.

Nicht nur die Menge an Papier führt einem vor Augen, dass im Hinblick auf Forschung und Entwicklung viel passiert ist. Sie finden darin einen grundlegenden Überblick über die im Land vorhandenen Forschungsressourcen und gewinnen einen Eindruck von den erreichten Ergebnissen der Forschungspolitik in den letzten zehn Jahren. Sie können der Antwort auch einen Ausblick auf die künftige Herausforderung im Bereich von Wissenschaft und Forschung entnehmen.

Allerdings muss ich eines zugeben: Eine Forschungsstrategie ist natürlich ein permanenter Prozess, bei dem die erreichten Ergebnisse mit den aktuellen Entwicklungen interagieren und maßgeblich neue Ideen und Visionen hervorbringen müssen.

Unsere Aufgabe im Ministerium ist es, die für die Zukunft des Landes besonders wichtigen Ansätze und Vorhaben im engen Austausch mit den Wissenschaftsakteuren zu identifizieren und die Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung dieser Themen zu schaffen.

Wenn Sie sehen, dass das Forschungsreferat nicht mehr in der Abteilung 4, in der Wissenschaftsabteilung, sondern in der Wirtschaftsabteilung ist, dann sehen Sie, dass es hierfür schon erste Ansätze gibt. Dass alles noch besser laufen könnte, darin will ich Ihnen zu 100 % Recht geben. Aber was im Leben könnte nicht besser laufen?